

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bölowstr. 21  
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6499  
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
lösen Mutterbetriebe kein

Erscheint alle 14 Tage Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Polzeitungssätze Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 15500 Exemplaren.

## Inhalt.

Der Frankfurter Wohnungskongress — ein Fiasko bürgerlicher Sozialreformer. — Volksbibliotheken. — Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. (Schluß) — Mainzer Brief. — Die deutschen Gewerkschaftsartelle im Jahre 1903. — Und wiederum Mißstände auf dem Wiesbadener Gaswerk! — Aus unserer Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten. — Kommunale Mundschau. — Kleine Chronik. — Verbandsteil. — Versammlungs-Anzeiger. — Die zehn Gebote der Organisation. — Anzeigen.

## Der Frankfurter Wohnungskongress — ein Fiasko bürgerlicher Sozialreformer.

Es ist eine bekannte, durch Geschichte und Erfahrung bestätigte Tatsache, daß alle Halbheiten zur Erfolglosigkeit verdammt sind: wenn sie auch hin und wieder einen Scheinerfolg zeitigen, so müssen sie doch auf die Dauer resultatlos verlaufen. Besonders auf dem Gebiete der sozialen Frage wird heutzutage unendlich viel gequackalbert. Von Seiten der auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehenden Sozialpolitiker werden allerlei Experimente gemacht, die bedenklich an das Rezept erinnern: „Wach den Kelch, aber mach' ihn nicht nah!“, weil sie von der irrigen Meinung ausgehen, es sei möglich, Mißstände gründlich zu beseitigen, ohne die Art an die Wurzel zu legen. Das aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringende Elend aller Art kann nur durch eine radikale Umänderung dieser Produktionsweise aus der Welt geschafft werden und diese Umänderung kann nur auf dem Wege des proletarischen Klassenkampfes erfolgen — wenn man dies festhält, so darf es nicht wundernehmen, daß alle Veranstaltungen bürgerlicher Sozialreformer unter einem eigenartigen Unstern stehen und an dem Fluch der Halbheit leiden. Die Leute zeigen viel guten Willen, sind oftmals ehrlich begeistert von ihren Zielen und haben manch schöne Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt, dennoch laufen aber ihre Veranstaltungen fast ausschließlich aus wie das Hornberger Schießen, nämlich ohne Ergebnis.

Ein geradezu taffischer Beweis für diese Behauptung ist der erste allgemeine deutsche Wohnungskongress, der Mitte Oktober in Frankfurt a. M. tagte. Schon die Zusammenberufung des Kongresses gab zu Bedenken Anlaß, denn neben ausgeprägten Reaktionsären aller Parteien und brüderlich vereint mit Hausagrariern schlimmster Sorte fanden sich dort Sozialreformer verschiedener Schattierungen — und als Mission in diesem Kundenstube waren auch einige Sozialdemokraten auf dem Kongress anwesend. Daß bei einem solchen Mißmach nicht viel Gutes herauskommen konnte, braucht wohl nicht weiter erwähnt zu werden.

Gleich das einleitende Referat des Professors Pöble aus Frankfurt war ein arger Mißgriff, ja, man darf sagen, es war ein wahrer Hohn auf die Abhörer, die von der Einderufener des Kongresses besetzt wurden. Da der Kongress einberufen worden war, um eine energische Wohnungsreform in Deutschland anzubahnen,

so hatte man füglich erwarten sollen, daß der Hauptreferent einer solchen Reform das Wort geredet hätte. Das war hier aber keineswegs der Fall, im Gegenteil, der Referent kam am Schluß seiner Ausführungen zu dem Ergebnis, daß die heutigen Wohnungsverhältnisse sich gebessert hätten und daß deshalb keine Veranlassung zum Verzweifeln vorhanden sei. „Von einer anhaltenden rückläufigen Bewegung auf dem Wohnungsmarkte“, so führte er aus, „kann nicht die Rede sein, denn die Zahlen der leerstehenden Wohnungen schwanken je nach der Konjunktur, aber daß sie dauernd abnehmen, wie die Begründung des preussischen Wohnungsgesetzentwurfes behauptet, ist nicht richtig. Die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse in Deutschland trägt den Charakter einer Wellenbewegung. Man darf daher, wenn man zu einem richtigen Schluß gelangen will, keine zu kurzen Perioden miteinander vergleichen. Was ergibt sich nun aus der Statistik? Zunächst eine schnell zunehmende Fehdedensdichtigkeit in den Großstädten, der städtische Boden wird weit mehr als früher ausgenutzt, die Bevölkerung ist intensiver geworden. Bauordnungen haben diese Entwicklung nicht zu verhindern, sondern höchstens etwas zu verlangsamen vermocht. Man mag diese Erscheinung beklagen, aber man muß damit für die nächsten Jahre als mit einer gegebenen Tatsache rechnen. Weiter ergibt sich eine veränderte Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Wohnungsgrößenklassen. Die ganz kleinen und die ganz großen Wohnungen nehmen an Zahl ab, die mittleren Wohnungen beherrschen das Feld. Diese Verschiebung in der relativen Stärke der einzelnen Wohnungsstufen ist sowohl durch wirtschaftliche, als durch bautechnische Verhältnisse bedingt. Dafür, daß die Zunahme der mittleren Wohnungen eine Zunahme des Artermieterwesens gezeitigt hat, ist bisher kein sicherer Beweis erbracht. So viel aber steht fest, daß sich eine, wenn auch langsam und manchmal unterbrochene, doch überall abnehmende Wohn-dichtigkeit konstatieren läßt. Das läßt sich daraus erklären, daß in den letzten Jahren die Zahl der Personen, die im Durchschnitt auf eine Haushaltung kommen, gesunken ist. Eine der betrübendsten Erscheinungen ist das Ansteigen der Mietpreise, das Feuerwerden der Wohnungen. Schuld daran trägt nicht allein das Steigen der Bodenpreise. Man hüte sich auch davor, das Anwachsen der Bodenrente als eine ungerechte Erscheinung zu bezeichnen. Die Bodenpreise steigen auch ohne jede Spekulation. Eine Wohnungsreform, die nicht von vornherein das Ansteigen der Bodenpreise als gegebene und notwendige Tatsache in Rechnung stellt, wird stets scheitern. Man kann ja wünschen, daß die Wertsteigerung nicht einzelnen Besitzern zuzieht, aber ändern kann man diese Erscheinung nicht. Neben dem Anwachsen der Bodenrente ist das Feuerwerden des Hauses Schuld an dem Ansteigen der Mietpreise, das Material ist teurer geworden, die Bauarbeiterlöhne sind erheblich gestiegen, ohne daß etwa die Leistungen der Bauarbeiter entsprechend gestiegen wären. (Hinter diese durch nichts bewiesene Behauptung legen wir ein dickes Fragezeichen.) Wohl aber werden in allen Städten erhöhte Ansprüche an die Art des Bauens gestellt; selbst Mietskasernen haben heute ihren Komfort, wenn es auch oft nur ein Palmkomfort ohne Wert ist. Trotz dieser Steigerung der Mietpreise hat die Wohn-dichtigkeit abgenommen. Das läßt den Schluß zu, daß die Einkommen noch stärker gewachsen sind als die Mietpreise. Der für Wohnungen aufgewendete Teil der Einkommen ist proportional gesunken. Wenn der industrielle Aufschwung anhält, wenn die Produktivität sich weiter aufsteigend bewegt, dann werden

wie auch ein weiteres Anwachsen der Bodenpreise und der Mieten ertragen können. Das wichtigste bleibt immer die Hebung des Einkommens der unteren Volksschichten. Im allgemeinen haben sich die Wohnungsverhältnisse gebessert: Wir haben daher keinen Grund zu verzweifeln, selbst wenn eine Wohnungsreform im großen Stil nicht zutage kommt."

Die Ausführungen des Referenten haben wir deshalb so eingehend wiedergegeben, um an einem deutlichen Beispiele zu zeigen, mit welcher Virtuosität manche bürgerliche Sozialreformer die Schönfärberei betreiben, wenn es gilt, schreiende Missetände des wirtschaftlichen Lebens mit rosaroter Schminke zu überkleinern. Prof. von Pöhl hatte sich kein lauges Referat sparen und in den einen Tag zusammenfassen können. „Unsere Wohnungsverhältnisse sind schlecht, aber wir dürfen uns darüber freuen, daß sie nicht noch schlechter sind!"

Das Referat des bürgerlichen Schönfärbers fand übrigens keinen Widerpruch. Der bekannte Münchener Sozialpolitiker Professor Lujo Brentano erklärte, wenn die von dem Referenten behaupteten Tatsachen richtig seien, so sei jede weitere Verhandlung überflüssig; der Privatdozent Dr. Singheim, der als Referent für einen anderen Punkt der Tagesordnung bestimmt war, bemerkte, daß er sein Referat nicht halten könne, wenn die bürgerlichen Ausführungen unwidersprochen blieben, und Frau Henriette Arth meinte ironisch, es sei ihr unbegreiflich, wie man einen Wohnungssongreß mit einem Referate eröffnen könne, das sich gegen die Wohnungsreform ausspricht. Selbst die den Interessen des Kapitalismus dienende „Frankfurter Zeitung" urteilte abfällig über das bürgerliche Referat, indem sie sich folgendermaßen ausdrückte: „Man darf es ruhig aussprechen, ohne die Meinungsfreiheit irgendwie einzuschränken, daß das Referat nicht hätte gehalten werden dürfen. Professor Pöhl mag über die Wohnungsfrage denken, was er will, und er mag es aussprechen, wenn und wo er will, aber einen Songreß, der zusammentritt, um die Wohnungsfrage zu betonen, mit einem Vortrage zu eröffnen, der behauptet, daß diese Wohnungsreform nicht nötig sei — ein solches Verhalten ist dem Songreß gegenüber unehrenhaft. Wenn das Vermittlungsausschüsse es unerschaffen hätte, Herrn Pöhl über seinen Vortrag vorher zu befragen, so hätte er selber dem Ausschusse lauern müssen, er könne das Referat nicht überbringen, da er nach seiner Heberdenkung ein solches Verhalten halten muß, der darauf ausseht, den Akt abzufangen, auf dem der Vortrag beruht."

Die Ausführungen Pöhl's waren natürlich Wasser auf die Mühle der Hausbesitzer und gaben dem bekannten Bremerer Songreiß aus Dresden Veranlassung, für die armen, notleidenden Hausbesitzer einzutreten, indem er sagte: „Wenn man die Hausbesitzer ausschließt, so gerät man in den Zukunftsstaat hinein. Auf das Hausbesitzvermögen legen die Hausbesitzer selbst keinen Wert. Auf den einfachen, simplen Besitztümmer baut man ein, aber über der Welt macht alles halt. Das Mißo, das die Hausbesitzer auf sich nehmen, ist unbeschreiblich groß. Das Referat von Professor Pöhl zeigt von Sachkenntnis, er hat die Verhältnisse völlig korrekt geschildert. Die Wohnungsnot besteht in der mangelnden sittlichen Qualifikation mancher Mieter, die Lust am Spiel und an Frauen haben oder ihre Gelder an Streikläusen abgeben."

Da haben wir die Versicherung: der Referent Pöhl kann nichts von einem Wohnungselend entdecken und der Hausararier Hartwig hat herausgefunden, daß die Arbeiter, die ihren Lohn im Spiel, mit Weibern und an Streikläusen verschwenden, selbst schuld an dem Elend tragen; der Mann beiaß noch obendrein die Dreistigkeit, von dem traurigen Lose der Hausbesitzer zu sprechen, die „durch Ungunst der Zeiten vernichtet, von den Mietern verlassen, mit Frau und Kind erschlagen am Boden liegen", und seine Kollegen dem nächsten Songreß als Bundesgenossen anzubieten. Ehrbar ging dieser Mensch darauf aus, den Songreß lächerlich zu machen.

Es ist anzunehmen, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hae dem Songreß reinen Wein einblies, indem er erklärte: „Ich habe bei dem Referat von Pöhl den Eindruck gehabt, als befänden wir uns in einer Hausbesitzerversammlung. In den Industriegebieten haben sich die Wohnungsverhältnisse verschlechtert. Die Arbeiterwohnungen sind einfach schauderhaft. Infolge der hohen Mieten sind viele Familien gezwungen, abzuvermieten. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, wie schlecht die Schlafstätten sind. Die Gemeindeverwaltungen müssen die Arbeiterorganisationen, anstatt sie vor den Kopf zu stoßen, zu sozialer Reformarbeit mit heranziehen. Ausgeschlossen ist es, daß durch den Bau von Wohnungen durch die Arbeitgeber eine Lösung der Wohnungsfrage im freibürgerlichen Sinne möglich ist; in den Arbeiterwohnungen im Ruhrrevier herrscht ein unwürdiger industrieller Feudalismus, die Unfreiheit der Industriearbeiter wird

dadurch nur noch vergrößert. Ein wirklich freies Gemeindefreiwahlrecht ist die Voraussetzung für alle Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Zu lösen ist die Wohnungsfrage nur durch Parteigefühlhaltung von Grund und Boden, wie es die Sozialisten wollen."

Daß solche Ausführungen bei Leuten auf Widerstand stießen, die schon den Zukunftsstaat wittern, wenn man nur die Privilegien der Hauswirte ansohet, verücht sich ganz von selbst. Und doch hat sich ganz recht mit seiner Behauptung, daß die kapitalistische Gesellschaft unfähig und gar nicht willens ist, das Wohnungselend zu beseitigen; sie macht hier und da wohl kleine Anläufe, die aber resultatlos verbleiben. Dennoch aber schadet es nicht, wenn die bürgerlichen Sozialreformer an der Wohnungsfrage herumdoßern; wenn es auch weiter nichts nützt, so beweist es doch die Unmacht dieser Leute. Der Frankfurter Wohnungssongreß war ein Abbild im Kleinen von der bürgerlichen Sozialreform im großen; die Hausararier trieben ihren Spott damit und machten ihn zu einer Stomodie; die Sozialreformer mußten sich diese Verhöhnung gefallen lassen, weil sie nicht die Kraft heiligen, den Sozialararier und Bodenbesitzer energisch an die Werkle zu greifen. Aber das ist nun einmal der Welt Lauf; mit Rosenwasser und schönen Redensarten läßt sich eine solche Feitwale der kapitalistischen Gesellschaft, wie das Wohnungselend, nicht aus der Welt schaffen — da wird das Proletariat doch schon selbst eingreifen müssen.

### Volksbibliotheken.

Heber den erzieherischen Wert gutgeleiteter Volksbibliothek herrscht in den Reihen der um das Wohl des Volkes bedachten strenge faun eine Meinungsverschiedenheit. Ein jeder weiß, daß bei dem heutigen Stand unserer Volksschule es zur absoluten Pflicht wird, für die weitere Bildung der der Schule entwachsenen Jugend zu sorgen und insbesondere für das praktische Wissen und Können unserer Arbeiterkinder auf Mittel und Wege zu finden, die dann angetan sind, das in der Schule Gelebene zu erhalten, sich zu ergänzen und doch konstant zu werden, daß selbst in den besten Gemeindefreiwahlungen die wohl als die besten in dem vürigen Reich gelten können noch in dem Jahre 1901 10 Proz. Der gesamten Schulentlassenen unter nicht die nötige Hilfe erlangt haben. Unter Berücksichtigung des immerhin sich in sehr verschiedenen Größen haltenden Vorkurses unserer Gemeindefreiwahlungen, kein grobhartiges Resultat. Die Ursachen beschreiben mögen, wie die Schulverwaltung darlegt, teilweise in wirtschaftlichen Zuständen ihre Begründung finden. Tatsache ist, daß die nicht immer zweckmäßige Verteilung des Unterrichtsbudgets die Hauptschuld trägt. Wie dem auch sei, es erscheint uns als eine moralische Pflicht, dafür einzutreten, daß der erwachsenen Jugend die Möglichkeit geboten wird, namentlich eine Ergänzung des bisher in der Schule gegebenen Schulunterrichts, von dem vieles nicht verstanden oder wieder vergessenen wurde, vorzunehmen zu können. Man hat nun Fortbildungsschulen errichtet, die nach momentanen Verhältnissen — ob fakultativ oder obligatorisch — auch nur in bedingter Weise einen Ertrag schaffen. Wer da weiß, wie der Unterricht von dem sich einer gewissen Freiheit erfreuenden Lehrlingen aufgenommen wird, wie ein anderer wirklich lernbegieriger Teil nach einer 10- bis 12 stündigen Tätigkeit in der Werkstatt abgehauptet zur Schule kommt, wird zugestehen müssen, daß der erzielte Fortschritt nicht im unteren Teil das bietet, was notwendig erscheint, um das praktische Wissen des jungen Mannes zu erweitern. So tritt er ins Leben nicht gering und die Anforderungen, die dasselbe an ihn stellt. Nicht nur in der Familie, nein auch in seinem Beruf, in der Kabine und Werkstatt, ja selbst im öffentlichen Leben, soll er seinen Mann stehen. Das Zeitalter der Technik hat Wunderdinge verrichtet; als Staatsbürger soll er seine Pflicht erfüllen. Aufmerksam folgt er den Strömungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Wenn will er mitwirken, jedoch reicht sein Wissen nicht so weit. Was weiß er von Physik, Mathematik, Geometrie und wie die schönen Dinge alle heißen; woher soll er wissen, wie die elektrische Energie erzeugt wird, die dazu dient, die Kraft von hundert Menschen zu üben. Und gar auf dem Gebiete der Wissenschaften: Finanzwirtschaft, Sozialpolitik, Hygiene usw. und ihm ein Buch mit sieben verschlossenen Türen. Jetzt wird in ihm der Ehrgeiz geweckt, er gelangt zur Erkenntnis, wie abgrundtief sein Bildungsgang gegenüber anderen angehenden Mitbürgern noch ist. Nach Möglichkeiten nachsehen, ist die Parole. Aber wie und wo. Es gibt Arbeiterbildungsschulen und wohl ihm, wenn keine materielle Lage es gestattet, dort hinzugehen, um in diesen oder jenen Zweig unterrichtet zu werden. Aber wo bleiben die übrigen Kinder? Nach wie vor ist er ausgeschlossen aus den Reihen derjenigen Mitmenschen, die heute infolge ihrer Kenntnisse eine gewisse Achtung finden. Wissen ist Macht, hat immer alter Volksmund gesagt. Da winkt dem Manne aus dem Volke als letzter Rettungsausruf: die Pflicht. Durch sie ist es möglich, je nach der Intelligenz des Betreffenden, nachzuholen, was die Volksschule nicht geboten; hier kann man seinen Gehirnskreis erweitern und vieles verstehen lernen, was einem früher fremd und unverständlich war.

Aber wiederum stößt man auf Widerstand. Gute Bücher sind teuer und daher für viele unerschwinglich. Daher darf es als ein Glück betrachtet werden, wenn sich Personen oder Organisationen finden, die willens sind, die kulturelle Pflicht der Erziehung in die Tat umzusetzen durch:

**Errichtung von Volksbibliotheken!**

Eine solche Volksbibliothek ist in Berlin seit einigen Jahren durch den Verlagsbuchhändler Stadtverordneten Hugo Heimann aus eigenen Mitteln begründet worden. Derselbe befindet sich Alexanderstr. 26, und ist geöffnet an Sonntagen von 9-12 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-11 Uhr, zur vollständig unentgeltlichen Benutzung. Was aus dem Gebiete des pulsernden geistigen Lebens Anspruch auf Kenntnisnahme erheben darf, ist hier vertreten. In nahezu 15000 Bänden ist das Produkt deutscher und ausländischer Geniesheroen niedergelegt und ohne jedwede Ueberhebung darf ausgesprochen werden, daß jede Schicht unserer Bürgerchaft in dieser Bibliothek zu ihrer Meinung kommt. Es sind allgemeine Nachschlagewerke und Wörterbücher, Geschichte, Geographie, Rechts- und Staatswissenschaft, Volkswissenschaft, Natur-, Sozial- und Religionswissenschaft, Gewerbe, Technik, Landwirtschaft und Handel vertreten, weiter sehen wir Bücher über Philosophie, Erziehung und Unterricht, Sport und Spiel, Literaturgeschichte und schöne Literatur, kurz und gut, jedes Gebiet findet seine Berücksichtigung. In einem vor wenigen Wochen abgeschlossenen Bücherverzeichnis, welches die Kleinigkeit von sage und schreibe 700 Seiten einnimmt, bietet das Institut eine solche Fülle des Materials, daß man selber erkaunt ist. Nur wenige machen sich eine Vorstellung davon, welche organisierende Fähigkeit, welche vielseitigen Kenntnisse, welcher literarische Orientierungssinn dazu gehören, eine Saag- und Kistlammer des Wissens planmäßig auszubauen. Einen kleinen Begriff erhält man, wenn man z. B. in Betracht zieht, daß das Gebiet der Volkswirtschaft, Sozialwissenschaft, Sozialismus und Sozialdemokratie nicht weniger als 120 Seiten im Verzeichnis füllt; für schöne Literatur und Jugendchriften sind 145 Seiten beansprucht. Somit bietet die Bibliothek die Gewähr, allen Ansprüchen zu genügen. Aber auch die Heberichtigkeit des Katalogs bedarf der besonderen Erwähnung. Die einzelnen Werke sind nicht nur an den Stellen des Inhalts aufgeführt, sondern unter all den Wissenszweigen, welche sie berühren. Manche Bücher sind daher zwei- ja auch dreimal aufgenommen worden. Auch der weniger geübte Leser dürfte daher mit leichter Mühe das Gesuchte finden und darüber hinaus Anregung zum Weiterarbeiten erhalten. Ein ausführliches Sachregister dient zur Orientierung des Nutzens der Bücher.

Dies alles vorausgesetzt, darf wohl gesagt werden, daß der Begründer Dank dafür verdient, daß er mit soviel Fleiß und Mühen der Berliner Arbeiterchaft ein Institut gegeben hat, das allen die Möglichkeit bietet, teilweise gutzumachen, was Staat und Gesellschaft an uns Proletariatskinder so schwer gesündigt haben. Wird dieser Dank in die Tat umgesetzt, indem die Bibliothek mehr noch wie bisher benutzt wird, so hätten wir unsere Pflicht in etwas erfüllt.

Von den Kollegen erwarte ich, daß sie nach Kräften von dem Gebotenen Gebrauch machen werden und die Gelegenheit benutzen, um die Läden ihres Wissens auszugleichen. H. Schubert.

**Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.**

(Schluß.)

Auch bei den Berichten des Parteivorstandes und der Kontrollkommission wurde das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften berührt. Der Berichterstatter des Parteivorstandes, Pfannkuch, erklärte: „Es ist ja eines der beliebtesten Argumente unserer Gegner, die freien Gewerkschaften als sozialdemokratisch zu inaktivieren. Ich meine aber, die Gewerkschaften selbst sollten sich nicht dagegen streifen, mit dem Ehrenittel sozialdemokratische Gewerkschaften bezeichnet zu werden. Da wo es darauf ankommt, wird es ihnen stets gelingen, nachzuweisen, daß sie nicht direkt unter der Leitung der sozialdemokratischen Partei stehen, daß sie aber als überaus sozialdemokratisch im Interesse daran haben, die Gewerkschaftsbewegung im Sinne der im Massenkampf stehenden Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, zu führen.“

Aus diesen Ausführungen spricht ein nervöses Mißtrauen gegen die an Organisation und Einfluss wachsende Gewerkschaftsbewegung, das völlig unerschwert ist, weil die Gewerkschaften eben um ihrer besonderen Aufgaben willen unabhängig sein müssen. Sie können keine Parteipolitik und kein rein politisches Drama reprobieren, wenn sie die Massen der andersdenkenden Arbeiter erobern, sie einheitlich organisieren wollen. — Sie haben es aber nie als Schande betrachtet, „sozialdemokratisch“ genannt zu werden, und niemals ein Verbot daraus gemacht, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei und eigentliche Arbeiterpartei ist, die radikalste für die Massenüberwinden der Arbeiter enthält. Sie haben ebenso, wie die Sozialdemokratie, auf dem Boden des Massenkampfes, sie werden auch ihre Mitglieder heranzüchten auf dem Boden des Massenkampfes, sich auch politisch organisieren und ist der Erfolg der gewerkschaftlichen Organisationen nicht auch der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zugute gekommen, wie der einstmaliger junger Reichstagswahl bewies? Mehr von den Gewerkschaften

zu verlangen, das hieße sie zur Preisgabe ihrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit nötigen, sie ihrer Kraft und Bedeutung entfremden und ihrer Mission und ihrem Kampfe für die wirtschaftliche Erhebung der Arbeiterklasse ungehörige Schierigkeiten bereiten. — Das hieße endlich den schamhaften Gegnern der Gewerkschaften einen langit erprobten Triumph bereiten. Wer die erfreuliche Entwicklung der deutschen Gewerkschaften nicht ihren will, der muß ihre Unabhängigkeit, die Wurzel ihrer Kraft, erschüttern.

Der Vorsitzende der Kontrollkommission, Abg. Meister, gab aus Anlass eines Falles Zwerfendruck in Pilsfeld, der die Nichtbeteiligung eines Parteigenossen am Streik betrifft, folgende Erklärung ab:

„Neuerdings mehrten sich die Fälle mit der Zunahme des Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiete, die zu Anlässen führen gegen solche Parteigenossen, welche als Mitglieder einer Gewerkschaft bei Streiks oder Ausperrungen durch ein entsprechendes Verhalten die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verloren haben sollen. Dagegen erregt es sich sehr selten, daß ein Ehrenstreik bei gewerkschaftlichen Organisationen deshalb zur Einleitung oder zum Austrag kommt, weil der die Berufsgenossenschaft zugehörige Parteigenosse in verführter Weise unterläßt, in dem vorliegenden Massenkampf und zum Zweck einer erfolgreichen Aktion für die sozialdemokratische Partei seine Pflicht einzusetzen oder nach ganzem Vermögen zu erfüllen. Es berechtigt unter Umständen kämpfenden Arbeiterchaft keine Meinungsverschiedenheit darüber und auch bei der Kontrollkommission in kein Zweifel darüber lassen, daß bei der Notwendigkeit, mit der Waffe des Streiks zu kämpfen, der mit Bewußtsein geübte Streikbruch als eine ehrlose Handlung gebrandmarkt und bestraft werden muß. Der Nachsicht auf die schwereren Folgen einer Abwendung der unvollständigen Handlungsweise muß von Fall zu Fall eine Beurteilung des Zeilts in subjektiver und objektiver Hinsicht voranziehen, ehe der sozialdemokratische Richter die schwerste Strafe der moralischen Fernhaltung eines bisherigen Parteigenossen, der nach allen Seiten seine Schuldigkeit getan hat, ausspricht.“

Diese Erklärung berührt die gleiche Frage, wie der von dem Kubeder Parteitag erschiedene Affordmannereisil in Hamburg. Der Ausschluß von Streikrednern aus der Parteiorganisation ist keine Gewerkschaftsmaßnahme, sondern eine Parteiangellegenheit, wenn auch die treibenden Ursachen in gewerkschaftlichen Verhältnissen liegen. Ein wohlüberlegter, mit Bewußtsein der Bedeutung vollständiger Arbeiterinteressen begangener Streikbruch, ist zweifellos eine ehrlose Handlung, und man kann es gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen nicht verdenken, wenn sie mit einem solchen Handlungsweg im Namen nicht in einem Verein oder einer Partei zusammenarbeiten wollen. Die Gewerkschaft selbst geht der Parteiausschließung nichts an; sie hat selber Mittel, sich solcher Elemente zu entziehen. In gleicher Lage wie die Partei wird eine Gewerkschaft zu entscheiden haben, ob eines ihrer Mitglieder, das sich in der Partei einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat, Mitglied der Gewerkschaft bleiben kann. Wir halten es für ausgeschlossen, daß eine Gewerkschaft auf die fernere Mitgliedschaft eines ehrloser Handlungen überwiegenen Menschen Wert legen kann. Wenn aber solche Ehrenstreitfälle bisher wenig oder gar nicht bei den Gewerkschaften anhängig gemacht wurden, so liegt dies doch nur daran, daß den Gewerkschaften solche Handlungen nicht mitgeteilt wurden. Auch in Gewerkschaftsstreifen besteht keinerlei Meinungsverschiedenheit darüber, daß in Arbeiterorganisationen für ehrlose und organisationswidrige Elemente kein Platz ist.

Der Bericht der parlamentarischen Fraktion führte zu einer Debatte über die Ablehnung des Gesetzes, betreffend Kaufmannsgerichte durch die Fraktion, veranlaßt durch eine Kritik des Abg. Moritz. Diese Kritik ist nach Form und Inhalt weit über das Ziel hinaus und wurde daher von allen Seiten bekämpft. Dem ihr zugrunde liegenden berechtigten Kern, daß ein sozialpolitisches Gesetz, das unritreilige Verbesserungen enthält, nicht deshalb unbedingt abzulehnen sei, weil nicht alle Forderungen der Arbeiterpartei erfüllt wurden, stimmen wir durchaus zu. Beim Gesetz, betreffend Kaufmannsgerichte, war aber das Wahlrecht durch einen solchen Kompromiß der bürgerlichen Parteien derart verwickelt worden, daß der größte Teil der Handlungsbüchsen von der Wahl fern gehalten und dadurch die Vorherrschafft der reaktionären Elemente berieblen geändert wurde. Unter diesen Umständen ist der Fraktion aus ihrem Vorum gegen das Gesetz kein Vorwurf zu machen.

Der von uns bereits eingehend erwähnte Fall Schippel, der dem Parteitag eine 17tägige Debatte löherte, war aus gewissen Widerständen zwischen Schippels Stellung zur Handelspolitik und den Forderungen der Partei entstanden und verwickelt worden durch den Umstand, daß manche Genossen einen Widerspruch zwischen Schippels eigenen Erklärungen und den in seinen Schriften niedergelegten Auffassungen entdecken wollten. Der Bericht Schippels, dieser Widerspruch in lösen, überzeugte die Mehrheit des Parteitages nicht und die letztere nahm eine Resolution an, die Unklarheiten und Widersprüche der Erklärungen und seinen polemischen Ton gegen Partei und Genossen missbilligt, das Vertrauen in ihm als erklärt erklart und ihn auf die Konsequenzen jenes Verhaltens aufmerksam macht. Die

Am vorliegenden Fall von Pilsfeld stimmen wir mit dem Abg. Meister darin überein, daß ein 63 Jahre alter Mann nicht zum Streifen harte gezwungen werden sollen.



Folge dieser Resolution wird wohl die sein, daß Schippel früher oder später gezwungen sein wird, sein Mandatsmandat niederzulegen, und vielleicht ist es auch für die Fortführung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit die beste Lösung. Es ist ferner für die Partei eine befriedigende Lösung ist, einem Wissenschaftler von anerkannter Sachkenntnis, der in einer Zweifelsfrage zu anderen Ergebnissen als die Parteimehrheit gelangt ist, und seiner Überzeugung in wissenschaftlichen Dingen Ausdruck gibt, die Möglichkeit, ein Mandatsmandat auszuüben, zu nehmen, das ist eine andere Frage, über die wir nicht entscheiden wollen.

Der Parteitag behandelte weiterhin eingehend die Kommunalpolitik, in deren Erörterung es meistens dem Referenten, dem Landesmann, und einer Reihe von Genossen aus der Partei des Gemeindepunkts zu weitgehender Meinungsäußerung kam. Die wurden dahin geleitet, daß die vom Referenten vorgelegte Resolution nicht als allgemeines gültiges Aktionsprogramm gelten, sondern gewisse Grundzüge der Kommunalpolitik aufstellen soll, und daß der Parteitag noch ein großes Feld bietet, sich den Verhältnisse der einzelnen Verhältnisse anzunehmen. Auf Antrag Schippers wurde der Resolution Landmann die Forderung der vollen Kooperationsfreiheit eingefügt.

Die Vortragsfassung über den internationalen Konvent in Amsterdam befaßte sich in der Debatte auf die vorige Behandlung der Zollfrage; indes spendete Weber auch der starken Vertretung der englischen Trade Unions Voh und stellte eine Reorganisation des internationalen Bureaus in Brüssel in Aussicht. In der Debatte bedauerte Gemeindepunkt, daß dem Konvent keine Zeit blieb, die Frage der Eins- und Auswanderung gründlich zu besprechen, und über diese damit an dem fremdenständlichen Vertreter anderer englischer und amerikanischer Gewerkschaften. Weber verließ eine eingehende Verhandlung dieser Frage auf dem nächsten internationalen Konvent.

Den Schluß der Verhandlungen bildeten Anträge und Resolutionen, sowie die Wahl des Parteivorstandes und der Ausschüsse. Die Mitglieder der beiden Ausschüsse Sekretäre und Kassierer wurden ohne Widerstand von Weber auf 1200 Mk. erhöht. Der nachjährige Parteitag findet in Bonn statt.

Der Verlauf des Parteitages erweckt in der gesamten Arbeiterbewegung volle Befriedigung, und wir wünschen uns derselben an in der Überzeugung, daß es nur der abklingenden Zeichen von Frieden bedürfte, um aus Warte der politischen Weiterentwicklung eintretend auf die Notwendigkeit des gemeinsamen Zusammenarbeitens zu verweisen. Embel nur für die politische, nicht minder aber auch für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung vor. Wäre jeder Arbeiter in politischer wie gewerkschaftlicher Hinsicht seine Pflicht tun, aber auf jedem dieser Gebiete auch die Organisations- und ihre Aktion im vollen Einklang bringen helfen. — Dann wird auch für die Zukunft das rege Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft gewährleistet sein.

### Mainzer Brief.

(Unsere Eingaben. — Stadtverordnetenwahl.)

Es liegen unsere Stadtverwaltung nun drei Eingaben unversehrt vor. Die erste datiert vom 1. Oktober 1903 und hat demnach ihre erste Lebensjahre bereits vollendet. Diese Eingabe verlangt die Revision der Arbeitsordnung vom 21. Oktober 1901. Dreiundzwanzig Paragraphen haben wir vorabzulesen umzuändern, und haben wir hoffentlich recht bald Gelegenheit, zu sehen, inwiefern man dem entgegenkommt. Aus den Umständen ersehen sich nachfolgende Forderungen:

1. Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, so wie dieselbe technisch durchführbar ist.
2. Einführung des Dreizehntages (Achtstundentag) für die Betriebsarbeiter des Gaswerks II.
3. Gewährung von Wochenlöhnen an Stelle der Tag- und Stundenlöhne.
4. Gewährung der sich aus dem § 616 des V. G. B. ergebenden Penzenzen.
5. Herabsetzung des wahrpflichtigen Alters zu den Arbeiterausbildungen von dreißig auf fünfundzwanzig Jahre.
6. Die Auslösung ist während der Arbeitszeit zu bewirken.

Dies die hauptsächlichsten Forderungen. Die Eingabe selbst wurde fernerzeit der sozialpolitischen Deputation überwiesen, aus welcher sie bislang nicht wieder aufgetaucht ist. Wir sind uns der Schwierigkeiten wohl bewußt, die sich der Erledigung dieser Eingabe entgegenstellen, allein bei einem guten Willen hätte die Sache schon weit besser Förderung erfahren müssen. Ob es noch möglich ist, die Eingabe mit den nächsten Budgetberatungen zu erledigen, steht noch dahin.

Es ist demnach Aussicht vorhanden, daß dieselbe ihr zweites Lebensjahr glücklich erreichen wird. Und die Arbeiter in ihrer Engherzigkeit warten, warten...

Auch die Arbeiter des Gaswerks II haben voraus, daß die Erledigung dieser Eingabe lange auf sich warten lassen würde. Sie beschließen daher, ohne die Forderung, für die Betriebsarbeiter des Gaswerks II die gleiche Arbeitszeit wie im Gaswerk I einzuführen, fallen zu lassen, vorläufig die Abschaffung der 15stündigen Wechselschicht zu verlangen. Dies geschah in einer Eingabe, die Mitte

September 1903 der Stadtverwaltung unterbreitet wurde. In derselben heißt es unter anderem:

Durch die überlange Arbeitszeit, insonderheit der 15stündigen Wechselschicht, ist es den Arbeitern unmöglich, eine vernünftige Lebensweise einzuführen. Der ungehörig hohe Kraftverbrauch einer achtstündigen Arbeitszeit kann nicht durch eine darauffolgende Ruhepause von 12 Stunden, von welcher wieder vorweg 2 Stunden, welche der Arbeiter dazu benötigt, von und nach der Arbeitshalle zu gelangen, in Abzug gebracht werden müssen, ersetzt werden. Der Arbeiter tritt, anstatt ausgeruht und neue Kräfte gesammelt zu haben, wieder müde und abgespant an die Arbeit, was weder dem Arbeiter noch dem Betriebe zum Vorteil geraden kann."

Diese Eingabe wanderte in die Gasdeputation. Wenn nun die Arbeiter dachten, ihr Wunsch würde nun noch im Laufe des nächsten Jahres erfüllt, so täuschten sie sich gewaltig. In der am 9. März 1904 stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung beantragte der Stadtverordnete Straßmeyer namens der Deputation namens der Deputation die Besetzung der städtischen Verwaltung der Wechselschicht, da der 15stündigen Schicht eine 12stündige Ruhepause vorangehe und außerdem nur 2 wöchentliche Arbeitsschicht sei."

Als unter Genosse Liechmann hiergegen protestierte, wurde ihm geantwortet, daß die Einführung der 15stündigen Wechselschicht unabwendbar sei.

### 1156 Mark

Abschließen verursacht würde. Um dieser horrenden Summe willen kam die Gasdeputation zur Ablehnung. Das Plenum der Stadtverordneten stellte sich aber anerkennend auf eine höhere Warte und beschloß auf Antrag Liechmanns, die Sache der sozialpolitischen Deputation zu überweisen. Das geschah gegen den Widerstand der Arbeiter. Geht es in aber noch nicht. Die Arbeiter in ihrer Engherzigkeit müssen eben warten...

Wohlgemerkt: Was die Ausführungen des Referenten Straßmeyer. Eine ist unerlässlich, was der Satz dazu kommt, zu behaupten, der 15stündigen Wechselschicht eine 12stündige Ruhepause voranzugehen. Die vorzunehmende Ruhepause beträgt nur 18 Stunden. Auch ist es nicht ganz richtig, daß die wöchentliche Arbeitszeit nur 72 Stunden betrage. Wer die Arbeitsweise in den Feuerhäusern der Gaswerke kennt, der muß uns zustimmen, daß bei Bemessung der Arbeitszeiten der Feuerhausarbeiter die wirkliche Arbeitszeit derselben überhaupt nicht in Betracht kommen kann.

Selbst wenn man die Arbeitszeit dieser Leute auf vier oder fünf Stunden pro Tag bemessen würde, so wäre es gewiß auszuweichen, daß derselben in ihrer ganzen Arbeitszeit anhaltend in Dampf, Maschinenlaut, Heißdampf und Schwefeldunst unter schwerer körperlicher Anstrengung arbeiten könnten.

Dabei haben nun bedrohenden Eingaben haben wir jetzt eine dritte hinzugefügt, die, gleich der ersten, von den Vorständen der fünf Arbeitervereine unterzeichnet ist. In derselben werden unter sehr eingehender Begründung der Forderungen folgende Punkte beantragt und um prinzipielle Stellungnahme hierzu ersucht, da es den Arbeitervorständen sonst unmöglich ist, allen eingehenden Beschwerden hinreichend Antworten zu erteilen. Diese beiden Punkte lauten: "Wie soll das Arbeitsverhältnis I der Mentenarbeiter aus der Unfallversicherung und 2. der nicht im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft beschäftigten Arbeiter in Zukunft gehalten werden?" Auf diesem Gebiete herrscht nämlich ein wildes Chaos von Unklarheiten. In einzelnen Fällen wird den Unfallrentnern der Lohn um die Höhe der Rente gekürzt, in anderen wieder nicht. In diesem Punkte macht man bei Bemessung der Löhne und Lohnzulagen keine Unterschiede zwischen Arbeitern, die im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind, und Arbeitern, deren Arbeitskraft durch ihre jahrelangende Beschäftigung bei der Stadt nachgelitten hat. In jenen Betrieben ist wieder das umgekehrte der Fall. Ja, in den meisten Fällen ist schon ein gewisses Alter ausschlaggebend, um als "altersschwach" oder "in der Arbeitskraft minderwertig" bewertet zu werden, obwohl die in Frage kommenden Arbeiter nach wie vor ihre Arbeit zur vollen Zufriedenheit ihrer unteren Vorgesetzten gleich ihren jüngeren Kollegen verrichten. bitten dann diese im Dienste des Allgemeinwohles ergrauten Arbeiter um eine bestehende Lohnzulage, so gibt man ihnen, wie dies im Tiefbauamt zu verzeichnen ist, noch den Weibei, daß sie froh sein sollen, überhaupt noch Arbeit zu haben. Solche Verwaltungsmethoden sind unseres Erachtens unvereinbar mit der sozialpolitischen Erkenntnis der Stadtverwaltung, dem menschlichen Empfinden und der demoralisierenden Stimmung der überausen Mehrheit der Mainzer Bevölkerung. Es ist deshalb zu erwarten, daß man unseren Wünschen in dieser Sache entgegenkommt und hoffen wir, daß diese Eingabe mit der ersten ihre Erledigung findet. Sollte man aber auch diese Petition gegen der Partei: Immer langsam davon! behandeln, so wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben, als etwas deutlicher zu werden. Die Engherzigkeit der Arbeiter hat schließlich auch einmal ein Ende; sie bekommen es mit der Zeit satt, immer und immer wieder zu warten, zu warten...

Eine für die gesamte hiesige Arbeiterchaft von Mainz überaus wichtige Wahl steht vor der Tür: die Stadtverordnetenwahl. Dieselbe findet bereits am 1. Dezember statt und verbleiben uns mithin

nach zwei Wochen Kräft, unsere Mitglieder wie die städtischen Arbeiter überhaupt mit der Bedeutung dieser Wahl für uns vertraut zu machen. Es erübrigt sich wohl, darauf hinzuweisen, daß es von allen Parteien der Sozialdemokratie war, die mit uns unter wirtschaftlichen Interessen mit Energie gewirkt hat. Deshalb ist für uns der nun tobende Wahlkampf kein politischer sondern ein rein wirtschaftlicher Kampf. Unsere Aufgabe aber muß es sein, mitzubekämpfen, den Einfluß der Sozialdemokratie, der unter Einfluß ist, zu stärken. Von den 12 Tagen der Stadtverordnetenversammlung sind 17 neu zu belegen. Die Sozialdemokraten, deren Kräfte sich schon Mann stark war, haben die Mandate des Genossen Hans, der aus jenem ist, und von Mann, der aussteht, zu verteidigen. Außerdem muß unsere Kräfte unbedingt verstärkt werden, damit dieselben allen Anforderungen genügen kann. Besonders gilt es der Zusammenfassung der Verwaltungsdeputationen ein anderes Ziel zu geben, denn in diesen werden die meisten Kräfte anderer Arbeitsverhältnisse bestritten und erledigt. In diese Körperlichkeiten, in denen die Herren Petruschke die erste Geige spielen, muß ein anderer Geist einströmen; Arbeitstragen müssen derselben vom sozialen Standpunkt und nicht wie vordem vom reinen Unternehmehersstandpunkt aus betrachtet werden.

Wenn diese beiden den Vorrat erschöpfen, wird die Situation wohl gelindert sein. Gleich die Sozialdemokraten mit oder ohne Wahlkompromiß in den Kampf, unserer Hilfe können sie sicher sein.

Enns.

### Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1903.

Nach der jüngsten Statistik der Deutschen Gewerkschaftskartelle im „Arbeiterfreund“ vom Ende 1903 (Nr. 41), von denen sich 357 im Jahre 1903 an der Verordnungsgebung für die Statistik beteiligten. Von 287 Kartellen waren 297 Organisationsstellen mit rund 700000 Mitgliedern angeschlossen. Gegen das Jahr 1902 ist für 246 Kartelle, die einen Vergleich mit dem Vorjahr zulassen, ein Zuwachs von 265 Organisationsstellen mit rund 1300000 Mitgliedern zu verzeichnen. In der Gesamtzahl der Mitglieder betrug die Zunahme gegen 1902 111000 gegenüber 1901 277000. Ihre Einrichtungen und Ausgaben haben 386 Kartelle, darunter gemacht. Die Gesamtsumme umfaßt sich auf 45 000 000 Mk., jedoch ausschließlich Ausgaben, die aus Sammlungen für Streiks herrühren. 211 machten für sich allein 21 908 000 Mk. aus, wovon für Streiks 717 000 Mk. wieder voraussetzt wurden. Die Ausgaben im Jahre 1903 erreichten den Gesamtbetrag von 30 218 000 Mk. Davon entfiel der Hauptanteil auf Ausfunft-erstellung, Bibliotheken und Vorkassen mit 39 757 000 Mk. und auf Streiks mit 69 870 000 Mk. Es folgen die Ausgaben für Ärzte, Gesandte, Agitation usw. Der weitaus größte Teil aller Ausgaben entfällt demnach auf Streikunterstützung. Die Beträge aus den ordentlichen Einnahmen und den Sammlungen für diese Zwecke machten 77 138 000 Mk. aus, während die Gesamtsumme für alle anderen Zwecke nur die Summe von 24 318 000 Mk. erreicht. Aufsolche der beiden Ergebnisse der Streiksammlungen haben sich im Abrechnungsjahr die finanziellen Ergebnisse der Kartelle gänzlich gehalten. Während das Jahr 1902 mit einem Defizit von 13 000 000 Mk. abwich, erzielte die Gesamtrechnung für 1903 einen Ueberschuß von 130 000 000 Mk. Das mittlere Ergebnis der Streiksammlungen ist auf die Kampfe der Schuhmacher in Pommern und die der Textilarbeiter in Grimnitzhau zurückzuführen. Von den 386 Kartellen unterstützten 334 Streiks sowohl am Orte wie auswärtig, 11 Kartelle unterstützten nur Streiks am Orte und 30 nur auswärtig. Aus der folgenden Tätigkeit der Kartelle ist zu erwähnen die Vornahme von Arbeitslosenabläufen, die durch 13 Kartelle erfolgte. Auslaufbeschlüssen unterhielten 103 Kartelle, ein Gewerkschaftsbau war in 24 Orten verbanden. Gemeinsam Bibliotheken besaßen die Statistik 155, außerdem hatten 27 Kartelle Lesezimmer eingerichtet. An öffentlichen Vorkassen waren 9 Kartelle beteiligt.

### Und wiederum Mißstände auf dem Wiesbadener Gaswerk!

Zeit langer Zeit erfolgte die Lohnzahlung auf der städtischen Gasfabrik immer am 5. und 20. jeden Monats. Der Organisationsrat war es vor einem Jahre gelungen, den Zahlung wöchentlich auf den Montag zu verlegen, aber die Kollegen müssen immer noch lange auf ihr Geld warten. Am 6. Uhr ist Feierabend, dann kommt so langsam der Gasmeister, Ingenieur und Kassierer, und die Auszahlung nimmt von 5 bis ihren Anfang. Jetzt kommen die Feuerleute, dann die Hofarbeiter, und bis dann der letzte Mann sein Geld hat, dann ist es bereits 7 Uhr. Somit wird es oft 7 1/2 Uhr und später, bis die Leute mit ihrem Lohn nach Hause kommen, wo die Familie schon feuchtsüß wartet. In Mainz haben die städtischen Arbeiter schon um 6 Uhr also wenn es Feierabend ist alle ihren Lohn, könnte dies nicht auch in Wiesbaden so sein? Das könnte natürlich aber am Montag den 17. Oktober. Die Leute versammelten sich wie immer um 6 Uhr im Speiseaal, um ihren Lohn in Empfang zu nehmen, es wurde 7, 7 1/2 Uhr und schließlich um 20 Minuten vor 8 Uhr, da

endlich kommt der Kassierer und bringt das Geld. Die meisten Arbeiter waren schon nach Hause und bekamen ihren Lohn erst Dienstag; nur eine kleine Zahl (ca. 20 Mann) waren noch da und nahmen ihr Geld in gerade nicht rofiger Stimmung in Empfang. Da die Arbeiter nun die Zeit ihres langen Wartens bezahlt bekommen, was doch recht und billig wäre, wollen wir abwarten. Hoffentlich befassen sich die maßgebenden Stellen mit der Sache und ordnen eine zweckmäßige Regelung an. Es ist doch gewiß nicht zu viel verlangt, wenn man den Arbeitern den Lohn noch während der Arbeitszeit auszahlt.

### Aus unserer Bewegung.

**Agitationverhandlungen in Süddeutschland.** In der zweiten und dritten Etappe wurde die Kräfte der Verbandsvorsitzende Voerich die Orte Herzheim, Heilbronn, Heilberg, Mainz, Ludwigshafen und Mannheim. Auch in diesen Städten zeigte es sich wieder, daß der Gedanke der beruflichen Organisation unter den städtischen Arbeitern immer mehr Fuß faßt und überall der Wunsch nach einer Verbesserung der Lebensverhältnisse verhandelt ist.

**Der Wohnungsmangel und Kollege Voerich.** Der Umstand, daß sich der Verbandsvorsitzende Voerich an dem kürzlich in Frankfurt a. M. stattgefundenen Wohnungsmangel beteiligte, hat in einigen Verbänden zur Kritik Veranlassung gegeben, die sich auf ganz falsche Voraussetzungen aufbaut. Man hat sich sogar dahin vertriegen und von einem „Mangel nach Manösa“ gesprochen.

Kollege Voerich ging nicht etwa zum Wohnungsmangel, um sich an den Arbeiten derselben zu beteiligen, denn es war vorausgesetzt, daß aus einer solchen samt gesammelterten Gesellschaft, wie sie der Mangel darstellte, nichts herauskommen konnte.

Voerich beteiligte sich nur deshalb an dem Mangel, um eventuell Verhältnisse auf Verbesserung der städtischen Arbeiter, wie sie vor einigen Jahren hier und da auftraten, entgegen zu treten und sich der Forderungen unseres Verbandsorgans bezüglich städtischer Arbeitsverhältnisse anzuschließen. — Nach hat Kollege Voerich nicht etwa deshalb eine Reise nach Frankfurt a. M. unternommen, sondern der Zweck des Vorzuges stand im Hinblick an eine süd-deutsche Agitationstour hat.

**Berlin.** Die Sektion Ia (Gasanstalt Danzigerstraße) hielt am 1. Oktober ihre regelmäßige Monatversammlung ab. Der Verbandsvorsitzende Voerich sprach über: „Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter in den letzten Jahren“. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.

**Berlin V (Straßenreiniger).** In einer am 31. Oktober abgehaltenen öffentlichen Versammlung, die im Gewerkschaftsbaue tagte und sehr stark besucht war, referierte zum ersten Punkt der Tagesordnung Reichstagsabgeordneter E. Hurm über: „Momminalpolitik und die städtischen Arbeiter“. An der Hand der wirtschaftlichen Verhältnisse wies der Referent darauf hin, daß der von einem Teile der Berliner Straßenreiniger noch gehegte Glaube, die Lebenslage der Arbeiter würde in Harmonie und Interessengemeinschaft mit der Stadtverwaltung eine Verbesserung erfahren, ein falscher sei. Wenn dem Liberalismus als ganz besondere Heiligkeit angesehen werden muß, daß derselbe dort, wo er die Macht besitzt, es stets verläumt hat, ein gleiches, freies und geheimes Wahlrecht in die Wirklichkeit umzusetzen, so müsse man sich dagegen doch vor Augen halten, daß er sich mit Verwirklichung des freien Wahlrechts für Staat und Kommune um die eigene politische Machtstellung bringen würde. Somit bleibe auch dem städtischen Arbeiter nichts übrig, als auf dem Felde des politischen sowie wirtschaftlichen Kampfes die ihm vorenthaltenen Rechte selber zu erobern. Würde man in Staats- und Stadtparlamenten den Arbeitern und Beamten den erforderlichen Lohn für eine vernünftige Lebenshaltung gewähren, Arbeitszeit und sonstige Arbeitsverhältnisse allen humanen Anforderungen entsprechend regeln, so müßten den Arbeitern der Privatindustrie dieselben Vorteile gewährt werden, und das wird eben, solange es angeht, bereitwillig werden. Dem städtischen Arbeiter, dem in allen Stadtparlamenten eine politisch mächtige, wirtschaftlich eng verbundene Klasse als ein Arbeitgeber gegenübersteht, bleibt nichts übrig, als Mann für Mann in den Vorstand der Staats- und Gemeinderäte für höhere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Doch um in der Lage zu sein, als Arbeiter mit seinen Leidensgenossen in den wirtschaftlichen Kämpfen Vorteile zu erlangen, muß für Aufklärung und Wissen Sorge getragen werden, und das kann der Arbeiter nur aus den Arbeitervereinigungen gewinnen. Dort mit der Gleichgültigkeit und Harmonieabsicht! Hinem in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen! Nur so wird jeder Arbeiter eine wahrhaft unabhängige Lebensbedingung erlangen können.

Unter reichem Beifall behandelten die Anwesenden ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Lohnbewilligung für die Straßenreiniger in der Deputation“ nahm der Verbandsreferent E. Fittmer das Wort. Derselbe führte aus, daß in der betreffenden Deputationsitzung der Stadtverordnete W. Spann



fuch beantragte, allen Straßenreinigern 25 Pf. Lohnaufschlag zu gewähren. Die anderen freijünglichen Stadtväter, wohlwollend wie immer für den ... Stadtsäckel, lehnten den Antrag ab und stimmten den gemachten Vorschlägen der Direktion zu. Danach sollen die täglichen Löhne bei 324 Arbeitern von 3,50 auf 3,75 M., bei 324 Arbeitern von 3,75 auf 4,00 M., bei 96 Vorarbeitern von 4,00 auf 4,25 M. und 67 Vorarbeitern von 4,25 auf 4,50 M. erhöht werden. Keine Lohnerhöhung bekommen die Kurden und die Arbeiter der Eintrittsklasse (bis 1/2 Jahr mit 3,00 M. Tagelohn arbeitend), und außerdem ca. 100 Arbeiter der 3,50 Mark Klasse und 24 Arbeiter der 3,75 Mark Klasse. Stadtverordneter Pfannschiff stellte darauf den Eventualantrag, wenn nicht allen Arbeitern der Lohn erhöht werde, sollten die Besorgstellen Vorarbeiter mit 4,00 und 4,25 M.) für dieses Mal Verzicht leisten und dafür sämtliche Arbeiter der niedrigsten Lohnklassen (3,00 und 3,50 M.) den Lohnaufschlag erhalten. Doch wurde auch dieser Antrag von den Freijüngemännern abgelehnt. Genau so wie in den Staatsparlamenten immer reichlich die höheren und höchsten Beamten bedacht werden, den niederen Unterbeamten aber eine Gehaltserhöhung an der Kasse vorbegeht, so auch hier in dem Direktionsvorschlage. Die vielen gütiger gestellten Vorarbeiter könnten doch eher auf eine Lohnerhöhung verzichten, als ein mit 3,00 M. und 3,50 M. beschäftigter Arbeiter. Die einfache Gerechtigkeit erfordert, daß zuerst die am schlechtesten gestellten Arbeiter eine Erhöhung ihrer Löhne erfahren. Aber daß derartige Vorschläge gemacht werden, liegt eben zu allererst an den Arbeitern der Straßenreinigung selber, die zum großen Teile noch gleichgültig den Fortschritten der organisierten Kollegen gensehnt. Erst mit dem Zeitpunkte, wo der größte Teil der Kollegen dem Verbande angehört, konnte tatsächlich für eine Erhöhung der Löhne, Reduktion der Arbeitszeit und nicht zu allererst Abschaffung der ganz lächerlichstgehenden Behandlung eingetreten werden. Damit nun das, was an Lohnerhöhung in der Deputation beschlossen worden ist, auch in der Stadtverordnetenversammlung bewilligt wird, müssen die Arbeitervereine, gestützt auf eine kräftig ausgearbeitete Organisation der Straßenreiniger, die Forderung einer Lohnerhöhung erleben können.

Im Verlaufe der sich hieran anschließenden Diskussion wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die zahlreich versammelten Straßenreiniger nehmen Kenntnis von der Lohnreduktion, wie dieselbe in der Deputation beschlossen worden ist. Sie können sich damit jedoch nicht einverstanden erklären und fordern als mindestens die Erhöhung aller Lohnkategorien um 25 Pf. Das Bureau wird beauftragt, diese Forderung der zuständigen Stelle zu unterbreiten.

Von zwei Ausnahmen abgesehen, sprachen sich alle Diskussionsredner dahin aus, daß nur in dem Verbände der Stadtischen Arbeiter der richtige Kampf ist, mitzukämpfen, mitzuführen, daß es besser werde auch für die Arbeiter der Straßenreinigung. — Nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen E. Dittmer: Gmein in den Verband, treu und fest in Einigkeit und Solidarität an dem gemeinsamen Ziel, den Kollegen eine bessere Lebenshaltung zu erwirken, mitzuarbeiten, das sei hinfür die Parole der Kollegen, schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die bis Schluß sehr gut besuchte Versammlung.

**Berlin IX (Revier-Anspedition). Sektionsversammlung am 21. October 1904 im Moienthaler Hof.** Der Vorsitzende Kollege Mehlwald gibt folgende Tagesordnung bekannt: 1. Abrechnung der Unterstützungskasse. 2. Abänderung des Reglements der Unterstützungskasse. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Nach Besetzung und Annahme des Protokolls vom 29. Juli 1904 gab Kollege Luy die Abrechnung der Unterstützungskasse Nr. 3 für Juli bis September 1904. Einnahmen: Bestand am 24. Juli 1904 102,20 M., 5620 Wochenbeiträge 5 5 Pf. 21,50 M., von Wittmann durch den Hauptvorstand 50,10 M., von Wittmann 10,00 M., von Hilbig 3,00 M., Ueberfluß von der Versammlung am 11. September 1904 30,50 M., Summa 1404,90 M. Ausgaben: Für Unterstützung 210,00 M., Sonstige Ausgaben 250 M., Entschädigung an den Kassierer 10,00 M., Summa 222,50 M. Demnach verbleibt ein Bestand von 1182,40 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Rechnung erteilt. Zum 2. Punkte schlägt Kollege Mehlwald vor, im Sterbefälle eines Kindes bis zu einem Jahre 10 M., nach einem Jahre bis zum 11. Jahre 20 M. zu gewähren. Hierzu stellt Kollege Müller den Antrag, im Sterbefälle eines Kindes bis 6 Monate nach einjähriger Mitgliedschaft 15 M., nach 6 Monate bis zum 11. Jahre 30 M. zu zahlen. Antrag Müller wurde einstimmig angenommen. Die Krankunterstützung wurde nicht geändert, da die Unterstützungskasse günstiger dastand, als wie angenommen wurde. Zum 3. Punkte gab Kollege Mehlwald bekannt, daß der Fittalvorstand an uns herangetreten ist, zwecks Verschmelzung der Sektionen der Aufseherbetriebe der Gaswerke IX, X und XVI. Hierzu habe sich der Sektionsverband ablehnend geäußert. In der darauffolgenden Diskussion wurde betont, daß wir in unserer Sektion genug zu tun haben, da 500 Kollegen organisiert sind und ungefähr 800 Kollegen in den Revieren arbeiten. Bei der Verschmelzung würde unsere Sektion nur leiden und müßten wir auch noch einen besoldeten Kassierer

anstellen. Hierzu legte Kollege Piotraschke den Standpunkt des Fittalvorstandes klar, aber er, Piotraschke, könne selbst im Interesse unserer Sektion nicht für die Verschmelzung eintreten, denn es würde eine Uneinigkeit ersten Ranges eintreten. Kollege Luy erwiderte, daß wohl der Arbeiterausschuß zentralisiert werden könnte, aber unmöglich unsere Sektion mit anderen. In diesem Sinne wurde eine Resolution angenommen und soll diese an die Ernteleitung gefandt werden. Ferner wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige im Moienthaler Hof tagende Sektionsversammlung IX stellt an den Fittalvorstand folgenden Antrag: Die Ernteleitung wird beauftragt, eine Eingabe an den Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung zu richten, in welcher folgende Wünsche ausgedrückt werden:

1. Die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage.
2. Die ordnungsmäßige Handhabung des Arbeitsnachweises.
3. Einführung des neunzehntägigen Arbeitstages.
4. Für die Gasanstaltsarbeiter die Aufhebung der Verfügung, welche die Entlassung der Arbeiter nach sechswochentlichem Krankheitsdauer auspricht.

Hierauf wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Marquart vom 21. Revier in üblicher Weise gelehrt. Sodann kamen die Wachen der Reviere zur Sprache. Dieselben sollen einheitlich geregelt werden und die Meinung der Purrenräume nicht des Sonntags stattfinden. Ferner wurde verlangt, daß drei Mann die Wache machen müssen, da laut Arbeitsordnung bei Meldungen von Gasleitungsdefekten, Gasgeruch usw. zwei Mann zur Untersuchung gehen und dann niemand auf dem Revier anwesend ist. Um 11 1/2 Uhr schloß die gutbesuchte Versammlung.

**Berlin XV. Am 15. October** tagte in den Reimhallen eine sehr gut besuchte Versammlung der hiesigen Gärtnere und Parkarbeiter. Unter Kollege Stadtv. Schubert referierte über die Beschlüsse der Parkdeputation. Er bedauerte vorerst, nicht die Erwartungen der Angehörigen erfüllen zu können, obwohl diese nicht allein hoch zu schätzen waren. Es sei aber ein glücklicher Erfolg erzielt worden, indem die Mindestlöhne für alle Gärtnere, vollzeitigen Arbeiter und Arbeiterinnen aufgehoben und ... (Text continues with financial details and resolutions regarding wages and working conditions for gardeners and park workers, mentioning specific amounts and dates like 25 April and 25 February).

In einem zweiten Referate behandelte Kollege Bürger unsere Grenzfrage mit dem Gärtnerverbande. In den Kreisen der hiesigen Gärtnere und Parkarbeiter sei durch die unheimlichen Angriffe der „Allgemeinen Gärtnere Vereinigung“ eine große Enttäuschung über das Verhalten und Reden von dieser Seite hervorgerufen worden. Die gegen unseren Verband erhobenen Insubordinations- und Verdächtigungen seien ebenso grundlos und unbillig. In der Diskussion wurde dem beigestimmt und erklärt, daß weder eine Maßregelung verhängt noch zu erwarten sei. Daß sich unsere Mitglieder einer anderen Organisation anschließen würden, kam keine in Betracht. Zum Schluß wurde auf die Notwendigkeit des gemeinsamen hiesigen Revierverbandes besonders auf den Revierverband hingewiesen, sehr angänglich und trauten sich nach dem Verbände zu betreten, noch als Vertrauensmann zu fungieren. Diese letztere Forderung müsse werden.

**Berlin.** Auch das Revier der Nieselschloßer fängt an sich wieder zu regen. In einer Versammlung und dito Besprechung beschäftigten